

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1 Planungsrechtliche Festsetzungen

1.1 Nutzung

(1) Geitungsbereich

Die lextlichen Festsetzungen sind für alle baulichen und landschaftsschutzrechtlichen Maßnahmen innerhalb des festgesetzten Geltungsbereiches verbindlich.

1.2 NEBENANLAGEN

(1) Anordnung von Garagen und Stellplätzen

Garagen und Stellplätze sind in der überbaubaren Fläche und den dafür gekennzeichneten Flächen anzuordnen,

1.3 MASSNAHMEN ZU GUNSTEN VON NATUR UND LANDSCHAFT

(1) Flächen mit Pflanzgeboten

Die mit Kennzeichnung "Mehrstuliges Grun" und "Baumgruppen" belegten Flachen sind ausschließlich für diese Nutzung festgelegt und dienen als Ausgleich des erfotgten Eingriffes Die Pflanzstreifen sind als mehrstufiges lichtes Gehötz aus einheimischen, standortgerechten Bäumen und Sträuchem It. Pflanzliste anzulegen. Die mit Kennzeichnung Baumgruppe belegte Fläche darf nur mit erforderlichen Zufahrten unterbrochen

(2) Nicht überbaubare Flächen

Alle nicht überbauten Flächen sind mit Ausnahme der notwendigen Verkehrswege als Grunflächen anzulegen und gartnerisch zu unterhalten.

(3) Zu erhaltender Baumbestand

Die als Bestand gekennzeichneten Bäume sind zu erhalten.

Als Baum- und Strauchpflanzung sollen vor allem heimische und standortgerechte Gehölze eingesetzt werden. Es werden

(a) Obstbaume

(b) Straucher Plaffenhülchen

Roter von Boskop Haselnuss Winterrambour Feldahorn Wolliger Schneeball

Gute Grave Alexander Lucas

(5) Flächenbefestigungen

Fußwege, Fahrbereiche, Stellplätze außerhalb von Gebäuden dürfen nur mit wasserdurchlassigen Belägen Versehen werden. Dazu zählen Kies-Splitt-Decken, Schotlerrasen, Holzpflaster, Rasengittersteine, Rasenfugenpflaster, Porenpflaster.

(6) Riickhaltung von Niederschlagswasser

Das Niederschlagswasser von Dachflächen ist über eine Zisterne zur Verwendung von Grundstücksbewässerung und Brauchwasser zu sammeln und erst danach in den öffentlichen Kanal einzuleiten.

2.1 Gestaltung des Baukörpers im Geltungsbereich

Als Dachfläche für das Hauptgebäude wird ein Satteldach mit einer Neigung von max 40° vorgeschrieben Bei untergeordneten Bauteilen wie Gauben usw. ist eine Neigung

(2) Firstrichtung

Die im Plan festgesetzte Firstrichtung ist verbindlich.

Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie sind in die Gesamtgestaltung des Daches zu integrieren.

3.1 Erschließungsmaßnahmen

(1) Grundstück 168/3

Die Erschließung des Grundstuckes Nr. 168/3 in verkehrstechnischer Hinsicht sowie mit Abwasser, Wasser, Strom und Telefon erfolgt über das Grundstück mit der Flumummer 168/4 an die vorhandenen Versorgungsleitungen in der Dudenidder Straße Für die Erschließungsmaßnahmen ist auf dem Grundstück Ffur 168/4 zugunsten des Grundstückes 168/3 ein Wege und Leitungsrecht im Grundbuch einzutragen.

(2) Grundstück 170/2

Die Erschließung des Grundstückes Nr. 170/2 in verkehrstechnischer Hinsicht sowie mit Abwasser, Wasser, Strom und Telefan erfolgt über die Grundstücke mit der Flurnummer 168/4 und Nr. 168/3 an die vorhandenen Versorgungsleitungen in der Dudenröder Straße. Für die Erschließungsmaßnahmen ist auf dem Grundstück Flur 168/4 und Nr. 168/3 zugunsten des Grundstückes 170/2 ein Wege- und Leitungsrecht im Grundbuch einzutragen.

HINWEISE

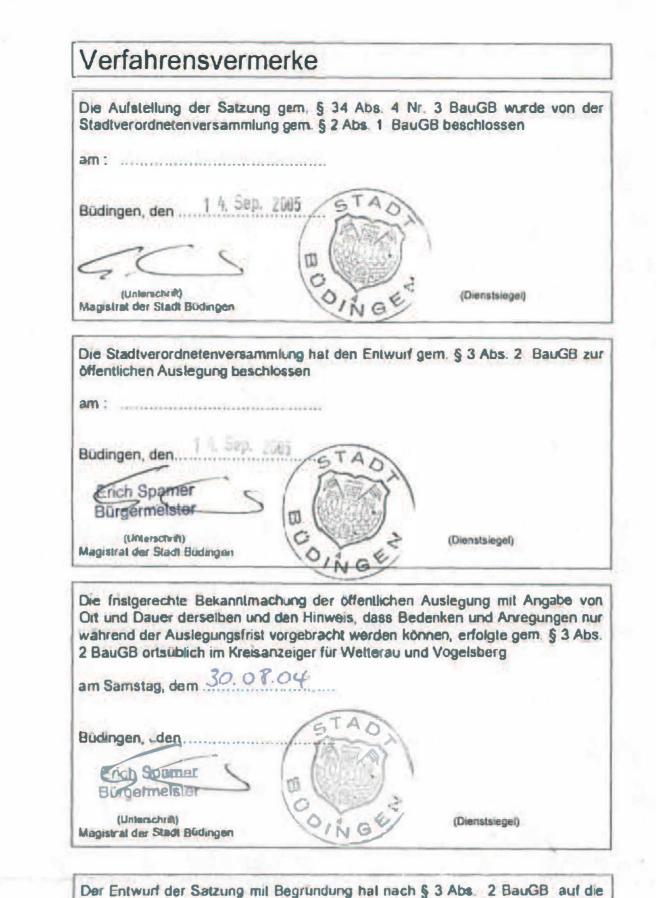
1 Anzeige von Altlasten

Werden innerhalb des Geltungsbereiches im Rahmen der Baumaßnahme Bodenkontaminationen oder sonstige Beeinträchtigungen festgestell, von denen eine Gefährdung für Mensch und Urrweit ausgehen kann, ist umgehend das Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung staatliches Umweltami Frankfurt, der Magistrat der Stadt Budingen, die nachste Polizeidienststelle oder der Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises zu benachrichtigen, um die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Die Baumalinahmen sind bis zu einer Entscheidung einzustellen

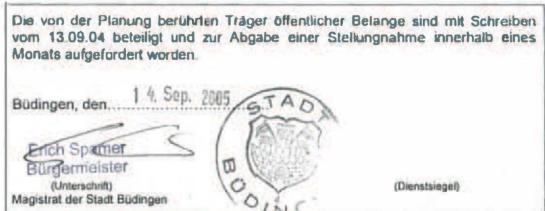
Der im Rahmen von Baumaßnahmen anfallende Erdaushub ist zur Sicherstellung der ordnungsgemaßen Verwertung sorgfaltig auf ogt. vorliegende Verunreinigungen zu prüfen und entsprechend der LAGA Z - Werte nach dem Merkblatt des Regierungspräsidiums Darmsladt, Umweltamt Frankfurt zu untersuchen und zu entsorgen

2 Anzeige von Bodendenkmälern

Wenn bei Erdarbeiten Bodendenkmäler bekannt werden, so ist dies dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Archäologische Denkmalpflege, oder der Unteren Denkmalschutzbehorde unverzuglich anzuzeigen (§ 20 HDSchG).







Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Büdingen hat die vorgebrachten Bedenken, Anregungen und Hinweise sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 11.03.2005 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.



(Dienstsiegel)

am 11.03.2005 Erick Spamer Bürgermeiste (Unlessateil) (Dienstsiegel) Magistrat der Stedt Büdingen Dieser Plan wurde gem, § 34 Abs. 5 BauGB genehmigt durch Verfügung vom 2012 2005 AZ 111312-61002/01on Danustadt Datum: 2012,2005 Genehmigungsbehörde

Die Satzung wurde von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Büdingen

Die ortsübliche Bekanntmachung der Genehmigung sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung dieses Planes mit Begründung erfolgte 1 Q Jan. 2006 Mit dieser Bekanntmachung wurde diese Satzung rechtsverbindlich

STADT BÜDINGEN STADTTEIL WOLF

(WETTERAUKREIS)

SATZUNG GEMÄSS § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB

FÜR DIE GRUNDSTÜCKE GEMARKUNG WOLF, FLUR 1; NR. 168/3 und 170/2

Planstand: März 2005

BERND MÖLLER; DIPL. ING. ARCHITEKT Pestalozzistr. 33; 63688 GEDERN; TEL. 06045 / 950456